

Augsburg, 15.10.09

Fraktionsvorsitzender:  
Dr. Stefan Kiefer  
Rathaus 4. Stock (Lift)  
86150 Augsburg  
Telefon (0821) 324-2150  
Telefax (0821) 39444  
info@spd-fraktion-augsburg.de  
www.spd-fraktion-augsburg.de

## Pressemitteilung

### SPD-Fraktion für konzertierte Aktion gegen die Wirtschaftskrise

#### **Heinrich: „Auswirkungen der Krise dürfen nicht nur die Schwächsten treffen“**

Auf die Finanz- und Wirtschaftskrise muss die Politik, die Wirtschaft, die Gewerkschaften sowie die Arbeitsvermittler und die Bildungsträger mit innovativen Ideen und Maßnahmen reagieren. Dies fordert die SPD-Stadtratsfraktion bereits seit Anfang 2009.

„Wir haben eine Resolution der Gewerkschaften „Keine Kündigungen in Augsburg 2009“ massiv unterstützt, um die Stadtregierung in einen strategischen Dialog mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu zwingen. Das kam nicht von alleine“, so Margarete Heinrich, wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

„Darüber hinaus haben wir wiederum zusammen mit den Gewerkschaften Gespräche geführt und Druck aufgebaut, damit eine „Koordinierungsstelle Kurzarbeiterqualifizierung“ geschaffen wurde, um für Firmen und MitarbeiterInnen die richtige Qualifizierungsmaßnahme während der Kurzarbeit zu finden, nachdem sich herausgestellt hat, dass nur 20% eine Fortbildung machen, meist aus Unkenntnis über das Angebot“, so Heinrich weiter. Diese Koordinierungsstelle ist erfolgreich bei der AIP der Stadt Augsburg angesiedelt.

„Das sind nur zwei Beispiele, wie es in den letzten Monaten gelungen ist, mit konzertierten Aktionen Verbesserungen zu erreichen. Auch das kommunale Programm „Pro Jugend“ geht auf die SPD-Fraktion und unseren ehem. Sozialreferent Hummel zurück“, erläutert M. Heinrich.

„Was wir jetzt brauchen sind Unternehmen, die jungen Menschen tatsächlich eine Chance auf Ausbildung geben und sie während der Praktikazeiten nicht als „Hilfsarbeitskräfte“ missbrauchen. Dies geschieht gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten leider viel zu häufig, ohne dass damit nachhaltig positive Bewegung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt kommen würde. In diesem Sinne muss die Politik Druck auf die Unternehmen ausüben, damit sich die Krisenspirale mit steigender Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten nicht noch schneller dreht“ so Stadträtin Heinrich abschließend.